

Antrag

**der Abgeordneten Ralf Niedmers, Michael Westenberger,
Carsten Ovens, Franziska Rath (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg befürwortet den Bau eines LNG-Terminals am Standort
Brunsbüttel**

LNG (liquefied natural gas, zu Deutsch: Flüssigerdgas) ist eine ist eine klare Flüssigkeit, die entsteht, wenn Erdgas auf -160°C heruntergekühlt wird. In diesem Zustand hat LNG ein 600-fach geringeres Volumen als Erdgas und bietet daher Potenzial für äußerst effiziente Lagerungen und Transporte. LNG ist zudem ein deutlich saubererer Treibstoff als Diesel und stellt somit insbesondere in der Schifffahrt eine umweltfreundliche Antriebsalternative dar.

Jüngsten Presseberichten zufolge plant die Bundesregierung, den Bau eines LNG-Terminals im norddeutschen Raum finanziell zu unterstützen.

Hinsichtlich des Standorts der neuen LNG-Anlage bemühen sich derzeit die norddeutschen Hafenstandorte Stade an der Elbe in Niedersachsen und Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal in Schleswig-Holstein. Nach aktueller Expertenmeinung ist jedoch davon auszugehen, dass zunächst nur ein LNG-Projekt umgesetzt werden wird. Langfristiges Ziel ist es, eine Kapazität für rund 15 Prozent der deutschen Versorgung mit Erdgas zu erreichen.

Aus Hamburger Sicht wäre Brunsbüttel als Terminalstandort besonders geeignet. Als einziger der potenziellen Standorte ist Brunsbüttel mit der German LNG Terminal GmbH im Netzentwicklungsplan Gas der Bundesnetzagentur aufgenommen. Wenn alle Genehmigungen vorliegen, will das private Konsortium 2020 mit dem Bau beginnen und zwei Jahre später den Betrieb aufnehmen. Die Nachbarländer Hamburg und Schleswig-Holstein könnten zudem ein gemeinsames LNG-Betankungs-Konzept entwickeln, von dem beide Länder gleichermaßen profitieren. Im Hamburger Hafen könnte so die Nutzung des alternativen Kraftstoffes deutlich ausgebaut und LNG-Versorgungssicherheit könnten gewährleistet werden, was einen erheblichen Teil zur Verbesserung der Luftqualität beitragen würde.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Die Bürgerschaft begrüßt den Bau einer norddeutschen LNG-Anlage am schleswig-holsteinischen Standort Brunsbüttel.
2. Der Senat wird ersucht,
 - a) gemeinsam mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein ein LNG-Betankungs-Konzept zu erarbeiten, von dem auch der Hamburger Hafen sowie die Luftqualität des Hafengebiets profitieren wird;
 - b) der Bürgerschaft bis zum 31. Januar 2019 zu berichten.